

Feuerwehr freut sich auf ihren Neubau

Parlament stimmt dem seit Jahren diskutierten Standort am alten Platz zu / Erster Spatenstich schon im nächsten Jahr geplant

Die Hanauer Stadtverordneten haben auf ihrer jüngsten Sitzung grünes Licht für den Neubau der Hanauer Feuerwehr am alten Standort „Am Steinheimer Tor“ gegeben. Gebaut werden soll der Stützpunkt von einem privaten Investor, der das Projekt auch 25 Jahre lang betreuen wird.

HANAU. Zahlreiche Feuerwehrleute saßen am Montagabend ungeduldig auf den Zuschauerbänken, um den Verlauf der parlamentarischen Debatte um dieses seit Jahren diskutierte Thema zu verfolgen. Denn immer wieder gab es Verzögerungen, weil sich die Politiker nicht über den Standort einigen konnten. Dass nun am alten Platz neu gebaut wird, dürfte den meisten Wehrmännern entgegen kommen, auch weil viele von ihnen in der Nähe wohnen.

Gravierende bauliche Mängel

Die jetzige Wache wurde 1958 gebaut, damals noch im Wesentlichen für die reine Freiwillige Feuerwehr. Heute sind dort rund 70 hauptamtliche Kräfte beschäftigt, die meisten im Schichtdienst „rund um die Uhr“. Es fehlen Ruhe- und Sozialräume. Frauen können bei der Stadt nicht beschäftigt werden, weil es an geeigneten Räumen fehlt. Unfallverhütungsvorschriften sind kaum noch einzuhalten, weil die Räume gravierende bauliche und technische Mängel aufweisen. Die Hallen sind viel zu klein geworden für die Fahrzeuge. Es gibt keine Unterstell-, Lager-, Wartungs- und Reparaturmöglichkeiten.

Inzwischen hat die Stadt die Grundstücke der Bäckerinnung und des Spielplatzes am Wallweg erworben. Das Areal verfügt künf-



Für die rund 70 Hauptamtlichen der Hanauer Feuerwehr beginnen mit dem Neubau bald bessere Zeiten.

tig über 12 000 Quadratmeter Fläche, groß genug, um den Anforderungen einer Schwerpunkt-Feuerwehr auch über Hanau hinaus gerecht zu werden.

Um den Neubau, der vom Land als Modellprojekt begleitet wird, finanziell zu stemmen, will die Stadt neue Wege gehen. Und zwar mit Hilfe eines privaten Investors, der nach dem Prinzip des „Public-Private-Partnership“ (PPP) das Projekt nicht nur finanzieren, sondern auch über 25 Jahre betreiben, also warten und instandhalten soll.

Gutachter haben errechnet, dass die Stadt nach diesem Modell rund vier Millionen Euro, etwa 20 Prozent der Kosten von 20 Millionen Euro, sparen könnte. Der Neubau soll europaweit ausgeschrieben werden. Schon im nächsten Jahr soll der 1. Spatenstich erfolgen, wünschte sich SPD-Fraktionschefin Cornelia Gasche (SPD).

Damit die Parlamentarier über jeden einzelnen Schritt des Magistrats in Sachen „Public-Private-Partnership“ informiert sind, werden die Fachausschüsse des Parlaments alle weiteren Beschlüsse begleiten. Die meisten Fraktionen stimmten schließlich der Magistrats-Vorlage zu, allein die „Die Linke“-Fraktion enthielt sich. Sprecherin Ulrike Feistel sprach in Zusammenhang mit dem PPP-Projekt von „neoliberaler Politik und von einer Mogelpackung“.

Öffentliche Güter wie das des Feuerwehrwesen dürften nicht privatisiert werden, private Investoren dächten letztendlich nur an ihren Profit. Ihr Antrag, den von der Firma Plan AG erstellten Wirtschaftlichkeitsvergleich nochmals dem Magistrat zur Prüfung vorzulegen, stieß auf keine Resonanz bei den übrigen Fraktionen. RÜDIGER ARENDT